

Antrag 53/I/2026**UB PM****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion (Konsens)****Festlegung eines maximalen Wasserbedarfs im Baurecht**

1 Die SPD Brandenburg setzt sich im auf Landes-
2 und auf Bundesebene dafür ein, dass bestandssi-
3 chere baurechtliche Festsetzungsmöglichkeiten für
4 den maximalen jährlichen Wasserverbrauch pro Flä-
5 che für Angebotsbebauungsplanungen wie auch
6 für vorhabenbezogene Bebauungspläne geschaffen
7 werden.

8

9 Begründung

10 Im Rahmen einer vorbereitenden Untersuchung für
11 einen potenziellen Hochtechnologiestandort nord-
12 westlich vom Güterbahnhof Seddin wurde Ende
13 April 2025 ein wasserwirtschaftliches Gutachten fer-
14 tiggestellt. Dieses sollte bei Bürger*innen und kom-
15 munalen Entscheidungsträger*innen die Akzeptanz
16 für ein solches Großprojekt steigern und Fragen
17 der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung für
18 die identifizierte Potenzialfläche beantworten. In
19 dem Gutachten wurde u. a. festgestellt, dass es
20 derzeit weder für eine Angebotsbebauungsplanun-
21 gen noch für vorhabenbezogene Bebauungspläne
22 bestandssichere Festsetzungsmöglichkeiten für den
23 maximalen Wasserverbrauch gibt.

24 Diese fehlende Festsetzungsmöglichkeit im Bau-
25 recht steht im starken Kontrast zu steigenden Sor-
26 gen in der Bevölkerung und bei kommunalen Ent-
27 scheidungsträger*innen in Bezug auf sich ändern-
28 de klimatische Bedingungen, sinkende Grundwas-
29 serstände, sinkende Wasserstände von Gewässern
30 (wie dem Seddiner See), häufigere Dürreperioden
31 und generell negative Wasserbilanzen. Da trifft es
32 auf wenig Verständnis, dass in der Bauplanung ak-
33 tuell zwar Flächenverbrauch, Emissionen oder ge-
34 nerelle Nutzungsarten beschränkt werden können,
35 dies dagegen für den Wasserverbrauch oder gene-
36 rell für den Verbrauch anderer lokaler Ressourcen
37 nicht bestandssicher möglich ist.

38 Eine entsprechende Änderung im Baurecht würde
39 zum einen kommunalen Entscheidungsträgern die
40 Möglichkeit geben, vorrausschauend in Bezug auf
41 die Wasserknappheit Festlegungen zu treffen. Zum
42 anderen wäre dies auch ein wichtiger Faktor in Pla-
43 nungsverfahren, um Akzeptanz bei der Bevölkerung

44 für Großprojekte aber auch generell für Bauvorha-
45 ben zu fördern.

46

47 **Weitere Hintergrundinformationen**

48 Brandenburg und Deutschland sehen sich in den
49 letzten Jahren einer ernsten Wasserknappheit ge-
50 genüber. Klimatische Veränderungen führen zu im-
51 mer häufigeren und intensiveren Dürreperioden. So
52 meldet der Deutsche Wetterdienst, dass Frühjahr
53 2025 deutschlandweit das trockenste seit Beginn
54 der Aufzeichnungen war (z. B. im März 2025 ledig-
55 lich ca. 19 l/m Regen, rund 70 % unter dem Mit-
56 telwert). Im globalen Vergleich verliert Deutschland
57 pro Jahr etwa **2,5 Milliarden Tonnen** Wasser durch
58 Klimawandel und Verdunstung – das entspricht
59 einem Bodenseevolumen. Brandenburg gehört zu
60 den niederschlagsärmsten Bundesländern Deutsch-
61 lands. Die andauernden Trockenperioden haben die
62 Grundwasservorräte stark reduziert: Untersuchun-
63 gen zeigen, dass die Grundwasserstände nach der
64 extremen Dürre 2018 in Berlin– Brandenburg auch
65 nach einem sehr regenreichen Winter noch deut-
66 lich unter den Werten von 2017 liegen. Laut Wis-
67 senschaftler*innen würden vier Jahre mit gleichmä-
68 ßigem Niederschlag benötigt, um die Defizite von
69 2018 auszugleichen. Zudem belegen Klimamodel-
70 le einen signifikanten Rückgang der Grundwasser-
71 neubildung im Jahrzehnt 2011– 2020. Langanhal-
72 tende Trockenheit führte bereits 2018 dazu, dass
73 Hausbrunnen austrockneten und in Teilregionen die
74 Trinkwasserversorgung gefährdet war.

75 • **Sinkende Grundwasserstände:** In Branden-
76 burg ist der Grundwasserspiegel trotz jüngs-
77 ter Niederschläge nicht auf sein Vor-Dürre-
78 Niveau zurückgekehrt. Wo der Abstand von
79 Geländeoberkante zu Grundwasser mehre-
80 re Meter beträgt, kann es Jahre dauern, bis
81 das Grundwasser nachtrocken aufgefüllt wird.
82 Der Bund-Länder-Bericht „Niedrigwasserkon-
83 zept“ weist darauf hin, dass konkrete Daten
84 zum verfügbaren Wasser fehlen und fragt:
85 *„Wieviel Wasser steht zur Verfügung? Wer*
86 *nutzt wieviel? Wer sollte künftig wieviel nutzen*
87 *dürfen?“*. Diese Fragen verdeutlichen das Risi-
88 ko ungebremster Wasserentnahmen. Sinken-
89 de Grundwasserstände vermindern nicht nur
90 die Trinkwassergewinnung, sondern schwä-
91 chen auch Feuchtgebiete, Seen und Waldbö-
92 den langfristig.

- 93 • **Geringe Grundwasserneubildung durch Ver-**
94 **siegelung:** Bodenversiegelung hemmt die na-
95 türliche Versickerung von Regenwasser. In
96 Deutschland sind etwa **45 %** der Siedlungs-
97 und Verkehrsflächen versiegelt. In Branden-
98 burg machen Verkehrs- und Siedlungsflächen
99 bereits rund **10 %** der Landesfläche aus, ein
100 Anteil, der in den letzten Jahrzehnten ste-
101 tig gestiegen ist. Die Folge ist ein drastischer
102 Rückgang der natürlichen Grundwasserneu-
103 bildung. Ohne wirksame Gegenmaßnahmen
104 gehen beträchtliche Wassermengen verloren,
105 die sonst als Puffer dienen könnten.
- 106 • **Fehlende Vernässung von Mooren und**
107 **Feuchtgebieten:** Viele Flächen in Branden-
108 burg wurden historisch entwässert (z.B.
109 Torfabbau, Auenkanalisation), wodurch
110 natürliche Wasserspeicher „brachliegen“. Solange
111 trockengelegte Moore nicht rehy-
112 driert werden, fehlt ein wichtiger Beitrag zur
113 langfristigen Wasserbilanz des Landes.
- 114 • **Waldumbau-Rückstände:** Brandenburgs Wäl-
115 der sind mit über **70 %** Kiefernmonokultur un-
116 gewöhnlich artenarm. Kiefernwälder auf san-
117 digen Böden speichern kaum Feuchtigkeit und
118 entziehen dem Boden das wenige Wasser,
119 das fällt. Das langsame Vorankommen beim
120 klimaresilienten Waldumbau ist ein weiterer
121 Faktor, der die Wasserknappheit verschärft.
- 122 Die genannten Umweltfakten führen zu deutlichen
123 Sorgen in der Bevölkerung, besonders im Kontext
124 großer Bauvorhaben. Prominente Beispiele, wie Tes-
125 la in Grünheide oder die Diskussion um ein neues
126 Red-Bull-Werk in Baruth verdeutlichen dies. In Pots-
127 dam und anderen Kommunen mahnen Behörden in-
128 zwischen offen zum sparsamen Umgang mit Was-
129 ser, da auch dort die Grundwasservorräte nach Jah-
130 ren mit Niederschlägen noch nicht vollständig wie-
131 deraufgefüllt sind.
- 132 Vor diesem Hintergrund ist es sachgerecht, den
133 Wasserbedarf von Bauvorhaben im Rahmen der
134 Bauplanung bestandssicher zu begrenzen. Ein ver-
135 bindlich festgelegter *zulässiger Wasserbedarf je Flä-*
136 *che und Jahr* würde Transparenz schaffen: Investo-
137 ren, Planende und Behörden könnten schon bei der
138 Projektplanung sicher kalkulieren, wie viel Wasser
139 ein Vorhaben maximal verbrauchen darf.